



Detailansicht des Registereintrags

WerteInitiative e.V.

Aktuell seit 28.04.2026 15:27:24

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|--|
| Registernummer: | R001599 |
| Ersteintrag: | 25.02.2022 |
| Letzte Änderung: | 28.04.2026 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 18.06.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung |
| Kontaktdaten: | Adresse: Postfach 640240 10048 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493023458020 E-Mail-Adressen: kontakt@werteinitiative.de Webseiten: www.werteinitiative.de |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

250.001 bis 260.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,15

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Elio Adler**
Funktion: Vorstand (Vorsitzender)
2. **Daniel Kohn**
Funktion: Vorstand
3. **Lydia Bergida**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Ronja Schonscheck**
2. **Benjamin Söchtig**
3. **Christof Steidl**
4. **Johannes Schmidt**
5. **Niklas Roth**
6. **Nelly Eliasberg**
7. **Dr. Elio Adler**
8. **Daniel Kohn**
9. **Lydia Bergida**

Gesamtzahl der Mitglieder:

240 Mitglieder am 31.12.2024, ausschließlich natürliche Personen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Außenpolitik; Religion/Weltanschauung; Extremismusbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Kultur; Integration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Strafrecht; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch direkte Anschreiben, Positions- und Hintergrundpapiere, Dossiers und Studien wird unmittelbar der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern – insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Bundestags – gesucht. Im Schwerpunkt wird die Interessensvertretung ausgeübt, um die Perspektive jüdischer Deutscher zu unseren Kernthemen „Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaates“ zu erläutern und die politischen Entscheidungsträger für Themen jüdischen Lebens

zu sensibilisieren. Wir führen regelmäßig politische Austausch- und Diskussionsformate durch und bieten mit unseren Veranstaltungen ein Forum zum Austausch von Politik und Zivilgesellschaft, um auch Mitglieder des Deutschen Bundestags über unsere Positionen zu allen Themen rund um das jüdische Leben zu informieren und sie so darin zu unterstützen, die gewonnenen Erkenntnisse in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Änderung des StGB zur besseren Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland

Beschreibung:

Im §130 StGB sind zurzeit die zu schützenden Personengruppen auf „Teile der Bevölkerung“ beschränkt. Dies wird in der Rechtsprechung als „Teile der deutschen Bevölkerung“ verstanden. Das entspricht nicht mehr den Realitäten einer globalisierten Welt, in der Konflikte anderer Regionen auch in Deutschland ausgetragen werden. Eine Änderung des Gesetzestexts erscheint vor diesem Hintergrund angemessen.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

2. Förderrichtlinien des Bundes anpassen

Beschreibung:

Förderrichtlinien so anpassen, dass Antisemitismus und Missbrauch durch weitere FDGO-Gegner reduziert wird

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

3. Umsetzung des Beschlusses zum Schutz jüdischen Lebens in konkretes politisches Handeln

Beschreibung:

Ziel ist die Umsetzung politischer Maßnahmen, die sich aus dem Beschluss ableiten, um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen. Dazu können Maßnahmen der

Extremismusbekämpfung zählen, aber auch Anpassungen des öffentlichen Rechts und des Strafrechts.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13627 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

4. Umsetzung des Beschlusses in Regierungshandeln

Beschreibung:

Die Inhalte des Beschlusses sollen in konkretes Regierungshandeln umgesetzt werden. Dazu führen wir Gespräche mit den Abgeordneten der demokratischen Fraktionen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14703 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegnetreten sowie den freien Diskursraum sichern

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

5. Sympathiewerbung für Terrorismus ins StGB aufnehmen

Beschreibung:

Die Formulierung in § 129a Abs. 5 StGB soll durch einen weiteren Satz wie folgt ergänzt werden:

Wer für eine in Absatz 1 oder Absatz 2 bezeichnete Vereinigung wirbt, wird mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft, wenn die Tat nicht nach §§ 86, 86a strafbar ist; § 86 Absatz 4 gilt entsprechend.

Der § 140 StGB soll durch einen neuen Abs. 2 wie folgt ergänzt werden:

Ebenso wird bestraft, wer eine der in § 138 Absatz 2 genannten rechtswidrigen Taten in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) billigt, verherrlicht oder rechtfertigt; § 86 Absatz 4 gilt entsprechend.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu];
Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

6. Einführung eines Gesetzes zur Strafbewehrung der Leugnung des Existenzrechts Israels

Beschreibung:

Wir schlagen vor, öffentliche Aufrufe zur Beseitigung des Staates Israels bzw. das öffentliche Leugnen des Existenzrechts des Staates Israels zum Gegenstand eines speziellen Straftatbestandes zu machen.

Ferner schlagen wir die Einordnung des neuen Tatbestandes im systematischen Gesamtrahmen des § 130 StGB bzw. der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung vor.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 227/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Strafbewehrung der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

7. **Befugnis zur Onlinedurchsuchung für das BfV**

Beschreibung:

Befugnis zur Online-Durchsuchung informationstechnischer Systeme für das BfV. Gesetzliche Grundlage für aktive digitale Abwehr: Schwächung der Informationsbasis und der Tatmittel angreifender feindlicher Akteure. Die Eingriffsbefugnisse sind entsprechend der Intensität des Eingriffs und der Dringlichkeit der Gefahrenlage zu staffeln, insbesondere unter Berücksichtigung von Richtervorbehalt und parlamentarischer Kontrolle (PKGr).

Betroffenes geltendes Recht:

BVerfSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604280021 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

8. **Änderung des GG zum Schutz jüdischen Lebens**

Beschreibung:

Das Grundgesetz, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.03.2025 I Nr. 94, soll in Art. 3 wie folgt geändert werden:

Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Der Staat fördert das jüdische Leben und die jüdische Kultur. Er tritt Antisemitismus entgegen.“

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]; Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium des Innern und für Heimat**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 740.001 bis 750.000 Euro

Institutionelle Förderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

60.001 bis 70.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Finanzbericht-2024.pdf](#)